

Berthold, Norbert; Fricke, Holger; Kullas, Matthias

Working Paper

Standortwettbewerb der Bundesländer

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 80

Provided in Cooperation with:

Chair of Economic Order and Social Policy, Julius Maximilian University of Würzburg

Suggested Citation: Berthold, Norbert; Fricke, Holger; Kullas, Matthias (2005) : Standortwettbewerb der Bundesländer, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 80, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Würzburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/22320>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Standortwettbewerb der Bundesländer

Norbert Berthold

Holger Fricke

Matthias Kullas

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge
des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik
Prof. Dr. Norbert Berthold

Nr. 80

2005

Sanderring 2 • D-97070 Würzburg

Standortwettbewerb der Bundesländer

Norbert Berthold
Holger Fricke
Matthias Kullas

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Sanderring 2

D-97070 Würzburg

Tel.: 0931-312925

Fax: 0931-312774

Email:

norbert.berthold@mail.uni-wuerzburg.de

holger.fricke@mail.uni-wuerzburg.de

matthias.kullas@mail.uni-wuerzburg.de

Abstract

Germany's disappointing economic performance causes political upsets. If the next government intends to be more successful than the current one, fundamental reforms are to be enforced. Germany's inadequate federal system is a major growth obstacle. The country forgoes the benefits of institutional competition, that would result in a higher level of efficiency. As mobility within the federal republic is higher than between countries, competition among the German Länder could be more challenging than between Germany and its foreign trade partners. Thus, vivid competition on the level of the Länder would strengthen the incentives to perform an effective policy and wipe out inefficiencies, for example those being due to the political process. Though the most important political issues are shaped on the federal level, some political scope for the Länder governments remains. This holds true especially as far as the administration rather than the legislative is concerned. The study "Die Bundesländer im Standortwettbewerb" evaluates the political success of the German Länder. It reveals, that the different performance of the Länder is also due to different Länder policies. Bavaria and Baden-Wuerttemberg are the two most successful Flächenländer (non-city states), and they are the two Länder with the most consequent policies as well. To enhance the beneficial effects of institutional competition, a comprehensive reform has to widen the political scope of the Länder. Competences are to be disentangled. With the concept of the FOCJ (functional, overlapping, competing jurisdictions), Frey and Eichenberger propose to decentralize competences radically and enhance institutional competition to a maximum level.

1. Einleitung

Die wirtschaftliche Misere in Deutschland hat die Politik fest im Griff. Fortgesetzte wirtschaftliche Stagnation und Massenarbeitslosigkeit stürzten die rot-grüne Bundesregierung in ein Dilemma, aus dem Neuwahlen als letzter Ausweg erschienen: Einerseits verliert die Bundesrepublik im internationalen Standortwettbewerb immer weiter an Boden, der Reformbedarf ist offensichtlich. Andererseits brachten die zaghaften Reformansätze der SPD Wahlniederlage um Wahlniederlage ein. Hieraus möge die Regierung, die nach den vorgezogenen Bundestagswahlen die Fäden in der Hand hält, ihre Lehren ziehen und sich nicht ebenfalls zwischen alle Stühle setzen: Reförmchen wie Hartz IV und Agenda 2010 reichen nicht aus, die wirtschaftliche Trendwende herbeizuführen, sie genügen aber sehr wohl, um Betroffenen

weh zu tun, ohne dass Sinn und positive Effekte der Novellen sich klar abzeichnen. Die kommende Bundesregierung ist im eigenen Interesse und im Interesse der Bundesrepublik gefordert, den großen Schnitt vorzunehmen, um den Durchbruch zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Vor allem gilt es, die institutionelle Verflechtungsfalle zu zerbrechen, in der sich das Land verfangen hat. Die Bundesländer müssen von den Fesseln des bundesdeutschen kooperativen Föderalismus befreit werden. Institutioneller Wettbewerb unter den Bundesländern hilft der Bundesrepublik, im internationalen Standortwettbewerb wettbewerbsfähiger zu werden.

Um dies zu zeigen, werden im Kapitel (2. Kapitel) die Vorteile einer dezentralen föderalen Ordnung dargestellt. Vor dem Hintergrund des Wettbewerbsföderalismus als Idealbild wird die reale Lage des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik beleuchtet (3. Kapitel). Defekte und Fehlanreize werden dabei offensichtlich. Anschließend wird ausgeführt, welche Kompetenzen den Ländern verbleiben (4. Kapitel). Dabei wird auf die empirischen Ergebnisse der Studie „Die Bundesländer im Standortwettbewerb“ zurückgegriffen, in der es galt, diejenigen Faktoren zu identifizieren, mit denen die Landesregierungen den Erfolg ihres Bundeslandes beeinflussen können. Das Ergebnis des Bundesländerrankings, Erfolg und Konsequenz der politischen Bemühungen in den Bundesländern, wird im vierten Kapitel ebenfalls dargestellt. Es zeigt sich, dass die Länder wegen des beschränkten Standortwettbewerbs ihre relative Position nur begrenzt verbessern können. Schließlich werden im fünften Kapitel einige Vorschläge unterbreitet, das föderale System umzugestalten und Kompetenzen neu zu definieren, mit dem Ziel, zu einer stärker an Effizienzkriterien orientierten föderalen Ordnung zu gelangen, Entscheidungsblockaden aufzulösen und von den Vorteilen des institutionellen Wettbewerbs zu profitieren.

2. Wettbewerblicher Föderalismus: Immobiles kämpft um Mobiles

Standortwettbewerb äußert sich als Wettbewerb von Immobilem um die mobileren Produktionsfaktoren.¹ Der Staat mit seinem institutionellen Rahmen ist immobil, Arbeitskräfte sind relativ immobil, der Produktionsfaktor Kapital vergleichsweise mobil. Qualität und Preis des Immobilen entscheiden über die Anziehungskraft, die auf den mobileren Faktor Kapital ausgeübt wird. Der Staat kann zur Attraktivität eines Standortes beitragen, indem er sich um effiziente institutionellen Rahmenbedingungen sowie eine effiziente und effektive Bereitstellung öffentlicher Güter bemüht. Preis und Qualität bzw. Produktivität des zu Kapital komplementä-

¹ Vgl. Giersch (1989); Siebert und Koop (1993); Siebert (1996); Siebert (2000).

ren Produktionsfaktors Arbeit beeinflussen ebenfalls, wie günstig sich die Standortbedingungen aus Sicht des mobileren Faktors Kapital darstellen.² Ob ein Land als Investitionsstandort attraktiv ist, hängt von der Netto-Kapitalrendite ab, die der Faktor Kapital erwirtschaften kann. Sie basiert auf der Produktivität des Faktors Kapital. Nach Abzug von Lohnkosten sowie Steuern und Abgaben, die an den Staat zu zahlen sind, verbleibt die Netto-Kapitalrendite.³

Im Standortwettbewerb geht es darum, die Kapitalproduktivität, Lohnkosten und Steuerlast des Faktors Kapital positiv zu beeinflussen: Durch eine hohe Qualität öffentlicher Güter, beispielsweise der Verkehrsinfrastruktur, kann die Kapitalproduktivität gesteigert werden. Ebenso tragen qualifizierte und flexibel einsetzbare Arbeitskräfte zur Produktivität des komplementären Faktors Kapital bei. Ein funktionstüchtiger, deregulierter Arbeitsmarkt ist wichtig, damit die Löhne sich an den Knappheitsverhältnissen auf den Faktormärkten orientieren und die Lohnkosten die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden.⁴ Schließlich entscheidet die Steuerbelastung des Faktors Kapital darüber, wie groß der Keil ist, der sich zwischen Brutto-Kapitalrendite und Netto-Kapitalrendite schiebt. Indem sich eine Regierung bemüht, bei der Bereitstellung öffentlicher Güter Ineffizienzen so weit wie möglich zu vermeiden, kann sie den Bedarf an Steuereinnahmen begrenzen. Beispielsweise könnten politische Akteure in ihrem Verhalten berücksichtigen, dass es im Standortwettbewerb mit hohen Kosten verbunden ist, politische Renten zu generieren, und sich damit zurückhalten, eigene Interessen zu verfolgen. Nachdem sich Regierungen in einem ersten Schritt darum bemühen, den Bedarf an Steuereinnahmen nicht ausufern zu lassen, können sie in einem zweiten Schritt einen Standort dadurch für mobile Faktoren attraktiver machen, dass vor allem die immobilen Faktoren die Steuerlast zu tragen haben.

Die Bundesrepublik kann sich dem globalen Standortwettbewerb um die mobilen Produktionsfaktoren nicht entziehen. Will sie im Standortwettbewerb nicht weiter zurückfallen, müssen institutionelle Arrangements so gewählt werden, dass sie auf eine hohe Kapitalproduktivität bei moderaten Lohnkosten und geringer Steuerbelastung des Faktors Kapitals hinwirken. Hierfür ist es wichtig, entsprechende Anreize zu setzen. Diese Antriebe sind dann besonders ausgeprägt, wenn sich effiziente institutioneller Rahmenbedingungen besonders vorteilhaft auswirken, wenn sie mit einem besonders umfangreichen Zuzug des mobileren Produktionsfaktors Kapital belohnt werden. Je mobiler der Faktor Kapital, je elastischer er auf Diffe-

² Vgl. Berthold und Fricke (2004), S. 93f.

³ Vgl. Apolte (1999), S. 35 zur Darstellung eines Zusammenhangs zwischen Kapitalrendite, Lohnkosten und Steuerbelastung.

⁴ Vgl. Berthold, Fricke und Kullas (2005), S. 98.

renzen der Netto-Kapitalrendite reagiert, desto größer die Vorteile effizienter institutioneller Arrangements.

Kapital ist innerhalb der Bundesrepublik mobiler als zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten. So liegen in den Volkswirtschaften der EU Ersparnis und Investitionsvolumen jeweils relativ nahe beieinander, nicht einmal für Finanzkapital kann von vollständiger Kapitalmobilität zwischen den EU-Staaten ausgegangen werden⁵. Die Heimatpräferenz des Faktors Kapital wird zwischen den Bundesländern geringer als zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten ausfallen. Verzicht auf räumliche Nähe, Sprachbarrieren, bekannte Rahmenbedingungen und damit einhergehend ein geringeres Risiko oder das Fehlen von Netzwerken sind innerhalb der Bundesrepublik weniger bedeutend. Die Präferenz für ein konkretes Bundesland wird von wenig mehr als der erzielbaren Netto-Kapitalrendite geleitet sein, unabhängig vom Herkunftsbundesland des Kapitals. Tatsächlich zeigen empirische Untersuchungen für bestehende Föderationen – beispielsweise für die Vereinigten Staaten – keinen signifikanten Zusammenhang zwischen inländischer Ersparnisbildung und inländischer Investitionstätigkeit. Es kann mithin von hoher Kapitalmobilität zwischen den Gliedern einer Föderation ausgegangen werden.⁶

Es bietet sich demnach mit Blick auf Wirkungsmechanismen des institutionellen Wettbewerbs folgendes Arrangement an, damit die Bundesrepublik eine stärkere Position im internationalen Standortwettbewerb erlangen kann: Diejenigen Kompetenzen, die Kapitalproduktivität, Lohnkosten sowie Steuerlast des Kapitals und damit die Netto-Kapitalrendite tangieren, sind auf Bundesländerebene anzusiedeln. Dadurch, dass die Kapitalmobilität zwischen Bundesländern höher ausfällt, als zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten, haben Landesregierungen einen größeren Anreiz als die Bundesregierung, sich um möglichst effiziente Rahmenbedingungen und eine hohe erzielbare Netto-Kapitalrendite zu bemühen. Als Ergebnis dieses Bemühens ist zu erwarten, dass die Netto-Kapitalrendite im Bundesdurchschnitt ansteigt. Damit wird die Bundesrepublik für den mobileren Faktor Kapital attraktiver und kann im Standortwettbewerb Boden gutmachen.

Gelingt es, die Kapitalproduktivität als eine Determinante der Netto-Kapitalrendite zu steigern und hierdurch Kapital zu attrahieren, so steigt mit Kapitalstock und Kapitalproduktivität das Produktionspotential. Außerdem erhöht sich mit dem Kapitalstock gängigen Produktions-

⁵ Vgl. Feldstein und Horioka (1980); Kleinewefers Lehner (1998); Berthold (1997), S. 66ff.; Feld und Kirchgässner (1995).

⁶ Vgl. Sinn (1992) sowie Bayoumi und Rose (1993).

funktionen zufolge die Arbeitsproduktivität und damit die Arbeitsnachfrage.⁷ Eine wettbewerbliche föderale Ordnung verspricht demzufolge, die Einkommens- und Beschäftigungssituation in der Bundesrepublik zu verbessern. Der Preis hierfür sind ungleichere Lebensbedingungen, die sich einstellen, wenn einige Länder erfolgreicher als andere darin sind, die Verdienstmöglichkeiten für den Faktor Kapital zu verbessern.

Dezentral angesiedelte Entscheidungskompetenzen bieten Möglichkeiten, unterschiedliche Wege zu beschreiten. Bundesländer könnten, wenn sie mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet wären, Politikparameter im Standortwettbewerb unterschiedlich wählen. Bürger und Unternehmen werden sich dort ansiedeln, wo das von der Institution angebotene Güterbündel und die dafür zu zahlenden Steuern am ehesten ihren Präferenzen entsprechen. Somit werden sich in einer Gebietskörperschaft Personen und Unternehmen mit relativ ähnlichen Präferenzen zusammen finden, wohingegen die Unterschiede zwischen den Gebietskörperschaften erhalten bleiben oder zunehmen.

Gleichzeitig fungiert der institutionelle Wettbewerb unter den Gebietskörperschaften als Entdeckungsverfahren, da einzelne Gebietskörperschaften im Wettbewerb um Bürger und Unternehmen stehen.⁸ Analog zum wirtschaftlichen Wettbewerb nimmt mit zunehmender Anzahl der Institutionen und sinkenden Mobilitätskosten der Unternehmen und Einwohner der Effizienzdruck auf die Bundesländer zu. Der Innovationsanreiz steigt, ein Güterbündel günstiger bereitzustellen als andere Gebietskörperschaften, um neue Unternehmen oder Bürger anzuziehen. Der Wettbewerbsdruck auf die anderen Gebiete erhöht sich und zwingt diese, die Innovation zu übernehmen, um weiterhin attraktiv zu bleiben.⁹ Haben Länder Erfolg, so werden andere ihrem Beispiel folgen. Institutioneller Wettbewerb liefert Regierungen also nicht nur einen stärkeren Anreiz, effiziente Rahmenbedingungen zu schaffen; er verschafft den Regierenden auch bessere Informationen, wie solche Rahmenbedingungen aussehen könnten. Überdies bestehen in einer föderalen Ordnung mit umfangreichen Kompetenzen auf dezentralen Ebenen eher die Möglichkeiten, sich an den jeweiligen spezifischen örtlichen Bedingungen zu orientieren und eine maßgeschneiderte Politik zu verfolgen.¹⁰

Institutioneller Wettbewerb liefert Regierungen also nicht nur einen stärkeren Anreiz, effiziente Rahmenbedingungen zu schaffen; er verschafft den Regierenden auch bessere Informationen, wie solche Rahmenbedingungen aussehen könnten. Überdies bestehen in einer föderalen Ordnung mit umfangreichen Kompetenzen auf dezentralen Ebenen eher die Mög-

⁷ Die genannten Zusammenhänge gelten beispielsweise für eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion.

⁸ Vgl. Hayek (1969) zur Funktion des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren.

⁹ Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 181-188.

¹⁰ Vgl. Berthold, Fricke und Kullas (2005), S. 89f.

lichkeiten, sich an den jeweiligen spezifischen örtlichen Bedingungen zu orientieren und eine maßgeschneiderte Politik zu verfolgen.

Neben wirtschaftlichen Aspekten bietet ein föderales System mit dezentraler Orientierung weitere Vorteile:¹¹ In einer solchen föderalen Ordnung sind die Grundlagen gelegt, sich am Subsidiaritätsprinzip zu orientieren und die Eigenverantwortlichkeit kleiner gesellschaftlicher Einheiten gegenüber staatlichen Eingriffen zu schützen. Politisches Handeln wird überschaubarer, Verantwortlichkeiten für staatliches Handeln können besser zugeordnet werden. Bürger mögen sich eher zu politischem und gesellschaftlichem Engagement animiert fühlen, wenn sie sich für die Belange ihrer unmittelbaren Umgebung einsetzen können.

Wird angesichts der bedeutenden Vorteile eine wettbewerbliche föderale Ordnung mit dezentralen Entscheidungskompetenzen angestrebt, so sind gewisse Rahmenbedingungen zu beachten. Hohe Transaktionskosten bestimmter Aufgaben könnten kleine Gebietskörperschaften in ihrer Leistungsfähigkeit überfordern. Nach dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz sollte angestrebt werden, Aufgabenkompetenzen so zuzuteilen, dass räumliche externe Effekte internalisiert werden.¹² Außerdem gilt es, Skalenerträge auszuschöpfen. Positive Skalenerträge liegen etwa dann vor, wenn aufgrund hoher Fixkosten einer staatlich bereitgestellten Leistung mit zunehmender Ausbringungsmenge die durchschnittlichen Kosten sinken. In diesem Fall ist eine gemeinsame Produktion des Gutes kostengünstiger als eine dezentrale Bereitstellung. Externe Effekte treten dann auf, wenn die Bereitstellung eines Gutes in einem Gebiet den Nutzen der Bewohner eines anderen Gebietes beeinflusst. Eine dezentral bereitgestellte Menge wäre bei positiven externen Effekten geringer, als die gesamtwirtschaftlich optimale Menge. Diese Problem könnte jedoch durch die von Coase vorgeschlagenen Verhandlungslösungen gelöst werden, so dass dezentrale Lösungen nicht automatisch mit Ineffizienzen verbunden sein müssen.

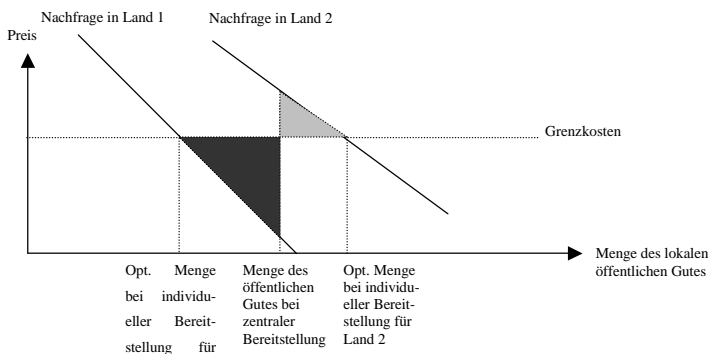
Dezentrale Lösungen bieten auch den Vorteil, dass es leichter fällt, den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen zu entsprechen.¹³ Präferenzkosten können somit vermieden werden. Diese fallen an, wenn Art oder Bereitstellungsmenge öffentlicher Leistungen nicht den Präferenzen der Individuen entsprechen. Zur graphischen Veranschaulichung wird von zwei Ländern und einem öffentlichen Gut ausgegangen, dass allen Bewohnern einer Region den glei-

¹¹ Vgl. Berthold und Fricke (2004), S. 83; Sturm (2001), S. 11 sowie Laufer und Münch (1998), S. 28-33 zu nicht-ökonomischen Vorteilen einer föderalen Ordnung mit dezentralen Entscheidungskompetenzen. Vgl. die Sozialenzyklika „Quaeragesimo anno“ von Papst Pius XI. aus dem Jahre 1931 zum Subsidiaritätsprinzip in der katholischen Soziallehre.

¹² Vgl. Olson (1969).

¹³ Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 181f; Blankart (1994), S. 504-508.

chen Nutzen stiftet, außerhalb dieser Region jedoch keine Nutzenveränderung bewirkt. Die Grenzkosten des Gutes sind konstant und in beiden Ländern identisch. Fixkosten existieren nicht, so dass die Durchschnittskosten unabhängig von der Ausbringungsmenge sind. Die Kostenstruktur beeinflusst somit die Wahl der institutionellen Ebene nicht. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass das öffentliche Gut bei einer zentralen Bereitstellung in beiden Regionen in gleicher Menge bereitgestellt wird. Haben die Bewohner der beiden Länder unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich des Gutes, fallen bei zentraler Produktion Präferenzkosten an. So fragen beispielsweise Länder mit einem hohen Einkommen (Land 2) mehr soziale Sicherheit als Länder mit geringerem Einkommen (Land 1) nach.



(Quelle: Schuster und Vaubel (1996), S.183.)

Bei einer zentralen Bereitstellung wird als Kompromiss eine mittlere Menge bereitgestellt. Dies führt in Land 1 zu einer zu hohen Bereitstellung. Es entstehen Präferenzkosten in Größe des dunklen Dreiecks. In Land 2 liegt die marginale Zahlungsbereitschaft über den Grenzkosten, was dazu führt, dass in dieser Region die zentral bereitgestellte Menge als zu niedrig empfunden wird. Somit entstehen in Land 2 ebenfalls Präferenzkosten (helles Dreieck). Insgesamt zeigt sich, dass die Präferenzkosten um so größer sind, je unterschiedlicher die Präferenzen der einzelnen Regionen sind. Wird das lokale öffentliche Gut in jedem Land individuell bereitgestellt, fallen diese Präferenzkosten nicht an, da die unterschiedlichen Präferenzen berücksichtigt werden können.¹⁴

Auf zentraler Ebene ist es Interessengruppen überdies eher möglich, Entscheidungen zu ihren Gunsten und gegen die Präferenzen der Individuen zu beeinflussen: Je zentraler Entscheidung

¹⁴ Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 181f.

gen getroffen werden, desto höher sind die Informationskosten für Politiker und Bürger. Politiker werden sich dadurch eher durch Interessengruppen beeinflussen lassen. Auch, weil sie mit deren Unterstützung mehr Wählerstimmen auf sich vereinigen können, wenn es Bürgern schwerer fällt festzustellen, dass ihre Präferenzen nicht optimal getroffen werden.¹⁵

Ein „Race-to-the-Bottom“ als distributive Fehlentwicklung, ausgelöst durch Dezentralisierung von Kompetenzen, muss angesichts der empirischen Ergebnisse offenbar nicht befürchtet werden: Studien aus der Schweiz und den USA unterstützen die Vermutung, dass dezentrale staatliche Umverteilung effizient sein kann, wenn reiche und arme Individuen sich altruistisch verhalten. Dies ist bei Umverteilungsaktivitäten im unmittelbaren Umfeld der Betroffenen eher zu erwarten. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die Gefahr eines „Race-to-the-Bottom“ keine reale ist.¹⁶

3. Kooperativer Föderalismus: Immobiles kämpft um Politisches

Obwohl eine institutionelle Ordnung nach dem Leitbild des Wettbewerbsföderalismus große Vorteile bietet, war die föderale Ordnung der Bundesrepublik von Anfang an kooperativ angelegt. Die Bundesländer hatten und haben eine relativ schwache Position.¹⁷ Der Idee des institutionellen Wettbewerbs folgend müssten diejenigen Kompetenzen dezentral angesiedelt sein, mit denen die öffentliche Institutionen primär beeinflussen können, wie attraktiv ein Standort ist. Diejenigen Kompetenzen müssten also als Handlungsparameter im Standortwettbewerb eingesetzt werden können, welche Kapitalproduktivität, Lohnkosten und Steuerbelastung als Determinanten der Netto-Kapitalrendite beeinflussen.¹⁸ Gerade in diesen Bereichen sind die Handlungsspielräume der Länder jedoch begrenzt:

Landesregierungen können sich bemühen, die Grenzproduktivität des Faktors Kapital zu steigern. So kann ein Land öffentliche Güter in besonders hochwertiger Qualität bereitstellen, beispielsweise eine besonders effiziente Verkehrsinfrastruktur. Landesregierungen können sich mit ihrer Bildungspolitik um eine hohe Qualität des Produktionsfaktors Arbeit bemühen, der komplementär zum Faktor Kapital ist. Weiterhin tragen deregulierte Märkte dazu bei, dass Bestandteile des Produktionsfaktors Kapital auf die effektivste Art und Weise untereinander und mit dem Produktionsfaktor Arbeit verknüpft werden können. Ein flexibler Arbeitsmarkt

¹⁵ Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 187f.

¹⁶ Vgl. beispielsweise Pauly (1973); Gramlich und Laren (1984); Peterson und Rom (1989); Peterson, Rom und Scheve jr. (1999); Brueckner (2000) sowie Kaestner, Kaushal und van Ryzin (2003).

¹⁷ Vgl. Berthold und Fricke (2004), S. 86-89.

¹⁸ Vgl. Apolte (1999), S. 35 zur Darstellung eines Zusammenhangs zwischen Kapitalrendite, Lohnkosten und Steuerbelastung.

spielt eine wichtige Rolle, das Arbeitskräftepotential ausschöpfen und damit die Produktivität des komplementären Faktors Kapital steigern zu können. Die Regulierung der Güter- und Faktormärkte, obliegt jedoch dem Bund.

Während Landesregierungen die Kapitalproduktivität zwar beeinflussen, ihr Potential jedoch nicht annähernd ausschöpfen können, fallen landespolitische Handlungsspielräume bei den weiteren Determinanten der Netto-Kapitalrendite noch geringer aus: Lohnkosten und Steuerlast lassen sich vor allem durch die Regulierung des Arbeitsmarktes, Sozialgesetzgebung und Steuerpolitik beeinflussen. Die entsprechenden Kompetenzen liegen fast vollständig beim Bund.¹⁹

Wenn in vielen Bereichen die Bundesebene entscheiden kann, so gehen den Bürgern der Bundesrepublik die Vorteile verloren, die dezentrale Entscheidungskompetenzen und institutioneller Wettbewerb bringen. Immerhin ist jedoch zu erwarten, dass sich die Bundespolitik den Herausforderungen eines sich wandelnden globalen Wettbewerbs stellt, bei allen Mängeln, die politische Entscheidungsprozesse ohne den besonderen Effizienzdruck eines verschärften institutionellen Wettbewerbs mit sich bringen. Katastrophal wirkt es sich jedoch aus, wenn auch der Bund trotz drängender Probleme handlungsunfähig ist. Die Gefahr von Politikblockaden hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig.²⁰ So ist die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren vielfältiger geworden. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Parteien der Regierungskoalition auf Bundesebene auch die Mehrheit der Bundesratsmitglieder stellen, hat abgenommen. Unübersichtlicher wird das Abstimmungsverhalten der Länder auch dadurch, dass das Primat der Parteizugehörigkeit für Bundesratsabstimmungen weniger stark als früher gilt. Die Eigenschaft, beispielsweise ostdeutsches Land, Flächenland, kleines Land oder Nehmerland im System des Finanzausgleichs zu sein, beeinflusst das Abstimmungsverhalten ebenfalls. Bei größer gewordener Heterogenität des Landes fällt es schwerer, im Konsens zu Lösungen zu gelangen.²¹ Außerdem hat der Anteil der zustimmungspflichtigen Gesetze zugenommen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat hierzu wesentlich beigetragen.²²

Auf dem Verschiebebahnhof politischer Verantwortung, auf dem autonome Handlungsspielräume fehlen und in wichtigen Politikbereichen alle für alles gleichviel oder gleichwenig verantwortlich sind, herrscht reger Verkehr. Er lebt nicht nur von der Verschränkung zwischen Bundestag und Bundesrat. Gehörig durcheinandergeraten ist auch die vom Grundgesetz vor-

¹⁹ Vgl. Berthold und Fricke (2004), S. 87; Berthold, Drews und Thode (2001), S. 8f.

²⁰ Vgl. Sturm (2001), S. 44 und 48; Münch (2000), S. 83; Renzsch (1991).

²¹ Vgl. Sturm (2001), S. 48.

²² Vgl. Münch (2000), S. 83.

gegebene Ordnung, was Bundes- und was Ländersache ist. Die konkurrierende Gesetzgebung ist de facto zur ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes geworden, Rahmengesetze lassen den Ländern nur noch geringen Spielraum, den überbreiten vorgegebenen Rahmen nach ihren Vorstellungen zu füllen. Gemeinschaftsaufgaben, Mischfinanzierungen, Steuerverbund, expliziter Länderfinanzausgleich, impliziter Finanzausgleich über die sozialen Sicherungssysteme, heimlicher Finanzausgleich über aktive Arbeitsmarktpolitik und Regionalpolitik etc. sind Vehikel, Verantwortlichkeiten und Finanzmittel zu verschieben.

Aus Sicht eines Landes wird es weniger wichtig, primär und aus eigener Kraft einen Standortvorteil herauszuarbeiten, durch eine konsequente und aktive Politik dem mobileren Produktionsfaktor Kapital attraktive Standortbedingungen bieten zu können. Anstelle des Kampfes um Mobiles gewinnt der Kampf um Politisches an Bedeutung: Aus vielfältigen Abhängigkeiten im System des kooperativen Föderalismus und einer allgemeinen Abneigung gegen Wettbewerb ist das Kartell aus Bund und Ländern geschmiedet. Viele Entscheidungen in diesem Kartell können nur im Konsens und oder mit einer großen qualifizierten Mehrheit getroffen werden. Es gilt, sich im Poker um die riesige Umverteilungsmasse ein möglichst großes Stück des Kuchens zu sichern. Man denke daran, wie Länder sich die Zustimmung zu Bundesgesetzen im Bundesrat abkaufen lassen, oder daran, wie Länder ihr politisches Handeln vor allem daran ausrichten, in ihrem Bemühen um Entschuldungshilfen vor dem Bundesverfassungsgericht gute Karten zu haben.

Auch die Bundesregierung wird im bundesdeutschen kooperativen Föderalismus dazu verleitet, eher um Politisches statt um Immobiles zu kämpfen. Die große interregionale Umverteilungsmaschinerie, deren Funktionsweise der Bund in wichtigen Teilen steuert, erlaubt es, aus Ländern Ressourcen aufzusaugen und sie an anderer Stelle fallen zu lassen; Ressourcen, die bei klarer zugeteilten Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in ihren Ursprungsländern verblieben. Interregionale finanzielle Umverteilung ist bereits an sich anreizschädlich und hemmt das wirtschaftliche Wachstum.²³ Erschwerend kommt jedoch noch hinzu, dass die Bundesregierung der Versuchung unterliegt, interregionale Umverteilung wahltaktisch motiviert statt effizienzorientiert zu betreiben. Für die Richtung interregionaler Umverteilung könnte statt der Elastizität des mobilen Faktors Kapital die Elastizität der Wählerstimmen ausschlaggebend sein: Diskretionäre regionenbezogene Ausgaben lohnen sich dort besonders, wo der Anteil der Wechselwähler besonders hoch ist. Leitete die Bundesregierung besonders viele Ressourcen in ein Bundesland, in dem Stammwähler dominieren, so fiel die Belohnung in Form eines Stimmenzuwachses geringer aus.

²³ Vgl. Berthold, Fricke, Drews und Vehrkamp (2003), S. 39.

4. Und es gibt ihn doch, den Standortwettbewerb der Bundesländer

Die Möglichkeiten der Bundesländer, sich im institutionellen Wettbewerb um Mobiles aus eigener Kraft einen Vorteil zu erarbeiten, sind beschränkt. Sie liegen vor allem darin, wie Gesetze ausgeführt werden. Diese begrenzten, aber dennoch bestehenden Einflussmöglichkeiten werden von den einzelnen Ländern in verschiedenem Maße genutzt, und entsprechend unterschiedlich erfolgreich sind sie. Im Bundesländerranking der Bertelsmann Stiftung untersuchen wir regelmäßig, wie sich die Bundesländer im Standortwettbewerb schlagen. Ziel ist es einerseits, den Erfolg der Länder anhand aussagekräftiger Parameter zu ermitteln, andererseits, die Faktoren zu identifizieren, die für Attraktivität und Erfolg der Länder verantwortlich sind. Insbesondere soll der politische Handlungsspielraum, der den Ländern im System des kooperativen Föderalismus der Bundesrepublik verbleibt, auf seine standortpolitische Wirksamkeit hin untersucht werden.²⁴ In der aktuellen Studie steht der Erfolg der Länder im Beobachtungszeitraum 2002-2004 im Mittelpunkt.

Der Erfolg als Ziel des politischen Handelns der Länder wird anhand von sechs Zielgrößen aus drei Bereichen ermittelt, welche die Attraktivität der Länder maßgeblich bestimmen. Diese Indikatoren sind für den Zielgrößenbereich „Einkommen“ das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner sowie die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes; für den Bereich „Beschäftigung“ die Quote der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit sowie die Erwerbstätigenquote, bezogen auf die Einwohner eines Landes im erwerbsfähigen Alter; ferner für den Zielgrößenbereich „Sicherheit“ der Anzahl der nicht aufgeklärten Straftaten pro Einwohner als Parameter für die innere Sicherheit sowie der Sozialhilfeempfängeranteil als Indikator für die soziale Sicherheit.

Auf der Basis ökonomischer, bevölkerungs- und anreiztheoretischer Überlegungen wurden Zielgrößen ausgewählt und gewichtet. Umfrageergebnisse und die darin ausgedrückten Präferenzen sowie die ökonometrische Analyse von Wanderungsbewegungen legen eine Gewichtung der drei Zielgrößenbereiche „Einkommen“, „Beschäftigung“ und „Sicherheit“ von 1:1:0,25 nahe. Mit diesen Gewichten werden die drei Zielgrößenbereiche zu einem „Erfolgsindex“ aggregiert, der widerspiegelt, wie sich die Standortattraktivität der einzelnen Bundesländer entwickelt hat. Dabei erhält für jede der sechs Zielgrößen und jedes Jahr des Beobachtungszeitraumes das jeweils beste Land die Maximalpunktzahl von zehn Punkten, das

²⁴ Vgl. Berthold, Fricke und Kullas (2005).

schlechteste Land einen Punkt. Alle übrigen Länder erhalten gemäß ihrer Performance relativ zum besten und schlechtesten realen Wert einen Punktwert zwischen eins und zehn.

In einem zweiten Schritt wird untersucht, welche Faktoren für den Erfolg, die Attraktivität der Länder im Standortwettbewerb, verantwortlich sind und welchen Einfluss die Landespolitik dabei hat. Hierfür wird zunächst in einer Panel-Analyse ökonometrisch untersucht, welche Faktoren die sechs Zielgrößen signifikant beeinflussen. Auch für die so ermittelten Wirkungsfaktoren wird das lineare Punktvorgabe-Verfahren mit Punktwerten zwischen 1 für das schlechteste und 10 für das beste Land eingesetzt, um auf dieser Grundlage die weiteren Aggregationsschritte durchführen zu können. Für jede der sechs Zielgrößen werden Aktivitätsniveaus gebildet, in welche die Wirkungsfaktoren, die eine Zielgröße signifikant beeinflussen, mit ihrer jeweiligen Gewichtung einfließen. Die Aktivitätsniveaus spiegeln wider, wie aktiv und konsequent die Landesregierungen sich bemüht haben, bei der betreffenden Zielgröße gut abzuschneiden. Analog zum Erfolgsindex werden jeweils zwei dieser Aktivitätsniveaus zu einem der drei Aktivitätsbereiche „Einkommen“, „Beschäftigung“ und „Sicherheit“ aggregiert, welche dann im letzten Schritt zum umfassenden Aktivitätsindex zusammengefasst werden. Die Gewichtung der drei Aktivitätsbereiche ist dabei identisch mit derjenigen der entsprechenden Zielgrößenbereiche im Erfolgsindex. Die drei Bereiche werden also erneut mit 1:1:0,25 gewichtet. Der Aktivitätsindex ist damit spiegelbildlich zum Erfolgsindex konstruiert.

4.1 Ergebnis des Bundesländerrankings: Erfolgs- und Aktivitätsindex

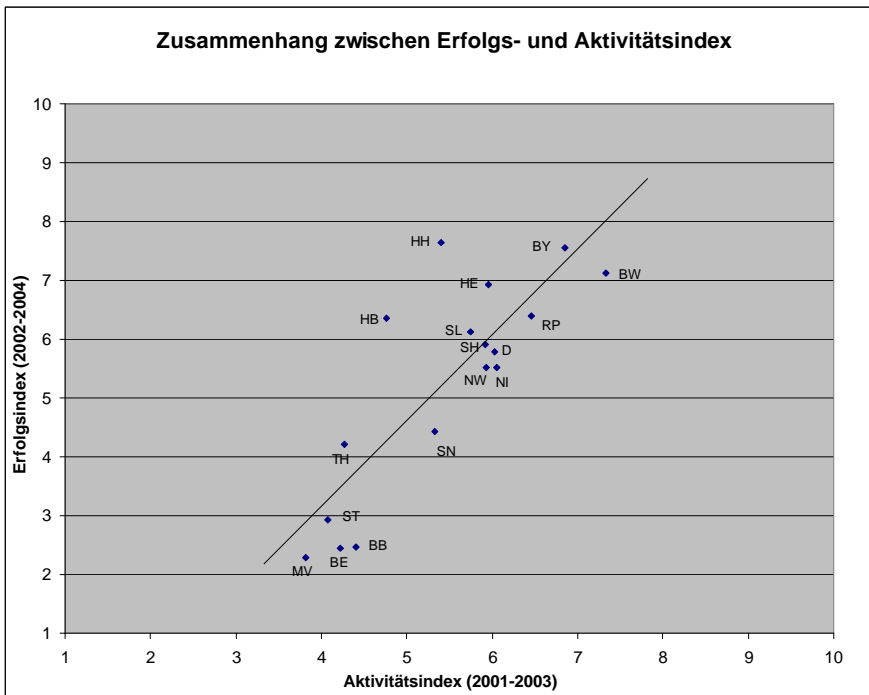
Im aktuellen Erfolgsindex (Beobachtungszeitraum 2002-2004) bilden die Länder Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen das Spitzenquartett. Bremen, vormals Fünfter, fällt aus der Spitzengruppe ins Mittelfeld zurück. Die überragende Wirtschaftskraft sichert Hamburg noch einmal knapp den Spitzenplatz. Bayern konnte den Abstand zur Hansestadt jedoch stark verringern und liegt nun fast gleichauf. Der Freistaat präsentiert sich bei allen sechs Zielgrößen stark. Insbesondere der Bereich „Sicherheit“ ist eine bayerische Domäne. Neben Bayern konnte sich auch Hessen besser als die beiden übrigen Länder des Spitzenquartetts entwickeln und fast zum Drittplatzierten, Baden-Württemberg, aufschließen. Hessen wirft dabei die höchste Wirtschaftskraft aller Flächenländer in die Waagschale, Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote.

Das Mittelfeld im Bundesländervergleich wird durch die übrigen westdeutschen Bundesländer gebildet. Wie bereits im Ranking 2003 zu beobachten, entwickeln sich Rheinland-Pfalz und

das Saarland im Südwesten stark. Rheinland-Pfalz profitiert davon, dass es erstmals seit der Wiedervereinigung mit die kräftigste Wachstumsdynamik aufweist. Dadurch gelingt es dem Land, Bremen vom fünften Rang zu verdrängen, den die Hansestadt in allen bisherigen Beobachtungszeiträumen innehatte. Im Saarland entwickelt sich die Beschäftigungssituation besser als irgendwo sonst im Westen. Auch die Nordländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen können sich verbessern. Nordrhein-Westfalen verliert stärker als alle anderen Länder im Mittelfeld und fällt hierdurch fast bis ans Ende der westdeutschen Bundesländer zurück, wo Niedersachsen seinen bisherigen negativen Trend brechen konnte. Insgesamt führen die unterschiedlichen Entwicklungslinien dazu, dass sich die Standortqualitäten der Länder im Mittelfeld deutlicher unterscheiden als zuvor.

Auch bei den ostdeutschen Ländern am Ende des Rankings läuft die Entwicklung ebenfalls auseinander. Auch im Osten kann sich also eine gute Politik in gewissen Grenzen auszahlen. Entwicklungsperspektiven werden demnach nicht allein durch die Zugehörigkeit zur Gruppe der neuen Länder bestimmt. Weniger als zuvor erscheinen sie als monolithischer Block auf den Schlussplätzen. Mit den mitteldeutschen Ländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt gelingt es Bundesländern im Osten erstmals, ihren Punktwert relativ zur bundesweiten Entwicklung deutlich zu steigern.

Der Aktivitätsindex kann und will nicht sämtliche Faktoren abbilden, die für den Erfolg einzelner Bundesländer relativ zu den übrigen verantwortlich sind. Verschiedene Einflussgrößen lassen sich nicht objektiv messen. Ein leistungsorientiertes und weltoffenes Klima oder wirtschaftsfreundlich und unbürokratisch arbeitende Verwaltungsstrukturen sind kaum in Zahlen auszudrücken, noch weniger für alle Länder und alle Jahre nach einheitlichen Kriterien. Auf verschiedene Faktoren, die einzelne Bundesländer in unterschiedlichem Maße treffen, haben Landesregierungen kaum einen Einfluss. Beispielsweise profitierte Hamburg in hohem Maße davon, dass es mit der Wiedervereinigung sein Hinterland zurückgewann, ohne dass es hierzu erwähnenswert beitragen konnte. Eben sowenig hatte die rheinland-pfälzische Landesregierung Einfluss darauf, dass die USA und Frankreich einen großen Teil ihrer Truppen abzogen und so das Land vor Probleme stellten. Weil der Aktivitätsindex nicht sämtliche Erfolgsfaktoren erfassen kann, sind gewisse Differenzen zwischen Erfolgsindex und Aktivitätsindex unvermeidlich. Dennoch können die Landesregierungen auf wichtigen Feldern aktiv werden und so den Erfolg ihres Landes beeinflussen. Viele dieser Handlungsparameter sind messbar, so dass sie in den Aktivitätsindex einfließen können.



Aus obiger Grafik geht deutlich hervor, dass Länder mit aktiv und konsequent agierenden Landesregierungen erfolgreicher sind. Aktivitätsindex und Erfolgsindex zeigen eine hohe Übereinstimmung, der Aktivitätsindex erklärt das Abschneiden der Länder im Erfolgsindex zu 65,7% (korrigiertes R^2).

Die erfolgreichen Südländer Baden-Württemberg und Bayern sind wie schon zuvor die Spitzenreiter im Aktivitätsindex. Rheinland-Pfalz kann seinen dritten Platz festigen. Im Mittelfeld befinden sich die übrigen westdeutschen Flächenländer sowie Hamburg und Sachsen. Auf den hinteren Plätzen liegen die restlichen neuen Bundesländer sowie die Stadtstaaten Bremen und Berlin. Mecklenburg-Vorpommerns letzter Platz im Aktivitätsindex korrespondiert mit dem letzten Platz im Erfolgsindex. Dass die ostdeutschen Länder außer Thüringen deutlich unterhalb der Regressionsgeraden liegen, ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die beiden westdeutschen Stadtstaaten Hamburg und Bremen als Ausreißer die Gestalt der Regressionsgeraden beeinflussen. Dass sich auch für die neuen Bundesländer eine aktive und konsequente Politik in den Grenzen der institutionellen Gegebenheiten auszahlen kann, demonstriert Sach-

sen: Weit vor allen anderen ostdeutschen Bundesländern hält der Freistaat im Aktivitätsindex den Anschluss an das Mittelfeld der Länder. Entsprechend ist Sachsen auch im Erfolgsindex das beste ostdeutsche Bundesland. Der Freistaat kann sich mit Thüringen von den übrigen neuen Bundesländern absetzen.

Die gute Position, die Rheinland-Pfalz im Aktivitätsindex erneut einnimmt, korrespondiert mit der Aufwärtsbewegung des Landes im Erfolgsindex, die Mitte der 90er Jahre einsetzte. Das einstige Land der Rüben, Reben und Raketen steht damit beispielhaft dafür, dass sich mit stetigen politischen Bemühungen Anpassungsschocks wie der umfangreiche Abzug amerikanischer und französischer Truppen überwinden lassen. Auch Nordrhein-Westfalen ist von den Folgen struktureller Veränderungen betroffen. Der schwächere Punktwert im Aktivitätsindex weist jedoch darauf hin, dass zwischen Rhein und Weser auf den Strukturwandel politisch weniger konsequent als in Rheinland-Pfalz reagiert wurde. Entsprechend fällt Nordrhein-Westfalen im Standortwettbewerb der Bundesländer zurück.

Sowohl das Saarland als auch Bremen können sich im Erfolgsindex im Vorderfeld platzieren. Dies geschieht, obwohl der unterdurchschnittliche Punktwert im Aktivitätsindex darauf hinweist, dass die Politik auf den Schlüsselfeldern weniger aktiv und konsequent als in anderen Ländern agiert. Das Missverhältnis zwischen ordentlicher Platzierung im Erfolgsindex und einem schwachen Abschneiden im Aktivitätsindex ist in Bremen besonders ausgeprägt. Die Entschuldungszahlungen, die zwischen 1994 und 2004 an die Saar und in größerem Umfang an die Weser flossen, bieten für diesen scheinbaren Widerspruch eine Erklärung. Mit diesem Geld, das zusätzlich ausgegeben wurde, war eine vergleichsweise erfolgreiche Entwicklung möglich, ohne dass die Länder die Strukturen für ihren Erfolg vollständig selbst geschaffen hätten. Nun, nach dem Auslaufen der Entschuldungszahlungen, drohen die beiden Länder zurückzufallen, wenn sie sich nicht um eine konsequentere, aktivere Politik bemühen.

Parameter, mit denen die jeweiligen Landesregierungen den Erfolg ihres Landes mehr oder minder konsequent beeinflussen, tragen zum unterschiedlichen Abschneiden im Erfolgsindex bei. Andererseits zeichnet der Erfolgsindex das Bild lediglich moderater Veränderungen: Wenn es Sachsen und Thüringen auch gelungen sein mag, sich im Erfolgsindex von den nordöstlichen neuen Bundesländern abzusetzen, so konnten sie doch in den 14 Jahren seit der Wiedervereinigung nicht bis in die Gruppe der schwächeren westdeutschen Bundesländer vorstoßen. Die wesentlich dynamischere Entwicklung in ehemaligen Ostblock-Staaten wie Polen, Tschechien, Ungarn oder Slowenien sollte zu Denken geben. Offenbar können sich Transformationsökonomien wesentlich erfolgreicher ohne einen rigiden institutionellen Rah-

men wie den der Bundesrepublik entwickeln. Auch ohne hohe finanzielle Transfers schaffen es die Staaten in Mittel- und Osteuropa aufzuholen, weil sich deren institutionellen Arrangements an den Bedürfnissen aufholwilliger Ökonomien ausrichten.

4.2 Bestimmungsfaktoren erfolgreicher Länderpolitik

Auch wenn in Deutschland die meisten Gesetzgebungsgebiete bundeseinheitlich geregelt sind, besteht dennoch ein gewisser landespolitischer Handlungsspielraum. Im System des Exekutivföderalismus der Bundesrepublik obliegt es vor allem den Administrationen der Länder, Gesetze, nicht zuletzt Bundesgesetze, auszuführen. Die ökonometrische Analyse in Form einer Panel-Schätzung destilliert heraus, welche Bestimmungsfaktoren für den Erfolg der Bundesländer in den Bereichen „Einkommen“, „Beschäftigung“ und „Sicherheit“ wesentlich sind. Die einzelnen Faktoren, die sich als signifikant erweisen, bestätigen gängige Theorien. Es zeigt sich landespolitischer Handlungsspielraum, diese Faktoren zu beeinflussen.

4.2.1 Bereich Einkommen

Ökonomische Theorie und die Eigenschaften von Produktionsfunktionen legen nahe, dass Wohlstand und Wachstumsdynamik als Zielgrößen des Bereichs „Einkommen“ wesentlich von der Menge der eingesetzten Produktionsfaktoren und deren Produktivität, ihrer Qualität abhängen. Die Berechnungen unterstützen die Bedeutung dieser Determinanten. Je mehr Sachkapital bei der Produktion eingesetzt wird und je moderner es ist, je mehr Arbeitskräfte tätig sind und je effektiver sie arbeiten, desto mehr wird produziert und desto höher ist das Wohlstandsniveau. Bildungspolitik, allgemeine Wirtschaftspolitik und Haushaltspolitik stellen wichtige Handlungsparameter dar, um Menge und Qualität der eingesetzten Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Bildungspolitik verfolgt das Ziel, den Humankapitalbestand zu erhöhen, die Produktivität der Arbeitskräfte zu fördern und so das Produktionspotential zu steigern. Die ökonometrischen Berechnungen belegen die Bedeutung von Investitionen in Humankapital. Positiv wirkt es sich demnach aus, wenn viele Schulabsolventen die Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erlangen, wenn viele junge Menschen ein Studium aufnehmen, und zwar an möglichst gut ausgestatteten Hochschulen, und wenn der Anteil derer, die nicht einmal einen Hauptschulabschluss erreichen, möglichst gering ist. Bundesländer verfügen auf dem Feld der Bildungspolitik über maßgebliche Kompetenzen nicht nur in der Anwendung von Gesetzen, sondern im Gesetzgebungsverfahren selbst.

Die allgemeine Wirtschaftspolitik setzt Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivität. Der ordnungspolitische Rahmen ist maßgeblich für die Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Koordinationsmechanismen und damit dafür, dass viele Produktionsfaktoren produktiv zum Einsatz kommen. Dieser Rahmen wird nach aktueller Gesetzgebungskompetenz zu einem großen Teil für alle Bundesländer in gleicher Form durch den Bundesstaat vorgegeben. Bundesländer als Hauptträger der Verwaltung besitzen dennoch Gestaltungsspielraum, die Funktionsfähigkeit der Märkte zu fördern. Ausgaben für Sozialhilfe und öffentliche Beschäftigung beeinflussen die Abläufe auf dem Arbeitsmarkt, die Schätzungen zeigen negative Wirkungen dieser beiden Faktoren auf die Zielgrößen im Bereich „Einkommen“. Sie sind durch Entscheidungen auf Landes- und kommunaler Ebene direkt beeinflussbar. Mehrbedarfzuschläge sowie Leistungskürzungen bei der Sozialhilfe hängen davon ab, wie Länder und Kommunen ihren Spielraum bei der Gesetzesanwendung ausüben. Verkehrswege und Siedlungsstruktur wirken darauf ein, wie Informationen ausgetauscht sowie Angebot und Nachfrage zusammengebracht werden können. Sie beeinflussen damit, wie Märkte funktionieren. Beide Faktoren erweisen sich in den Schätzungen als signifikant. Die Länder und ihre Kommunen verfügen hier über direkte Einflussmöglichkeiten. Öffentliches finanzielles Engagement und Genehmigungsverfahren spielen eine Rolle.

Wirtschaftliche Dynamik wird sich eher entfalten, wenn die Wirtschaftspolitik zu einem wirtschaftsfreundlichen Klima beiträgt. Parameter sind hier beispielsweise niedrige bürokratische Hürden, kurze Genehmigungsverfahren und freier Marktzugang. Auch durch öffentliche Investitionen, die komplementär zu privaten sind, beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur, und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung können Landesregierungen zu wirtschaftlicher Aktivität und Innovationstätigkeit ermuntern und den Bestand an Produktionsfaktoren mehren. Die Berechnungen zeigen jeweils einen signifikant positiven Einfluss. Landesregierungen können durch solche Maßnahmen außerdem dazu ermutigen, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Die Bereitschaft, als Selbständiger unternehmerisches Risiko zu tragen und zu entscheiden, wie Produktionsfaktoren zu kombinieren sind, stellt im Produktionsprozess eine besonders knappe Ressource dar. Entsprechend zeigen die Berechnungen den positiven Einfluss der Selbständigenquote.

Bedeutsam ist also, wie haushaltspolitische Schwerpunkte gesetzt werden. Investive Ausgaben stärken die wirtschaftliche Dynamik, konsumtive Ausgaben, Ausgaben für öffentliche Beschäftigung schwächen diese. Ein hoher Schuldenstand engt den Handlungsspielraum der Länder ein, günstige Voraussetzungen für privatwirtschaftliche Aktivitäten zu schaffen. Au-

ßerdem verringert er das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit eines Standortes. Entsprechend zeigt sich ein negativer Einfluss.

Neben der Ausgaben- ist auch die Einnahmenseite von Bedeutung. Der Länderfinanzausgleich wirkt anreizhemmend und schwächt die wirtschaftliche Dynamik. Es lohnt sich für Länder weniger, durch Investitionen und eine wirtschaftsfreundliche Politik die Wertschöpfung und damit die Steuerbasis im eigenen Land auszubauen, wenn zusätzliche Steuereinnahmen zum allergrößten Teil konfisziert werden. Die Berechnungen bestätigen diesen vermuteten Zusammenhang. Signifikant und mit hohem Gewicht hemmen sowohl der horizontale als auch der vertikale Finanzausgleich das wirtschaftliche Wachstum. Diejenigen Länder, welche besonders stark in das finanzielle Ausgleichssystem eingebunden sind, weisen signifikant niedrigere Wachstumsraten auf.

Zielgröße Bruttoinlandsprodukt			Erklärungsgehalt ^{**} : 84,1%
Wirkungsfaktor	Wirkungsrichtung*	Gewicht in Prozent	Signifikanzniveau
Anteil der Teilzeitbeschäftigung	+	29,0	(***)
Öffentliche Beschäftigung	-	15,7	(***)
Ausgaben für Forschung und Entwicklung	+	10,1	(**)
Patentanmeldungen	+	10,0	(***)
Selbständigenquote ohne primären Sektor	+	8,0	(**)
Fremdenverkehrsquote	+	7,5	(**)
Studienanfängerquote	+	7,4	(***)
Mitglieder in Sportvereinen	+	5,3	(*)
Verkehrsinfrastruktur	+	4,6	(***)
Welthandelsanteil	+	0,8	(***)
Absolventen ohne Hauptschulabschluss	-	0,8	(**)
Ausgaben für Sozialhilfe	-	0,7	(***)

* + steht jeweils für eine günstige, - für eine ungünstige

Wirkungsrichtung

** Der Erklärungsgehalt ist das bereinigte R²

(***) 99 % Signifikanzniveau

(**) 95 % Signifikanzniveau

(*) 90 % Signifikanzniveau

Zielgröße Wirtschaftswachstum			Erklärungsgehalt**: 63,5%
Wirkungsfaktor	Wirkungsrichtung*	Gewicht in Prozent	Signifikanzniveau
Absolute Leistungen im Länderfinanzausgleich horizont	-	26,7	(***)
Anteil der Bevölkerung in Großstädten	+	13,1	(***)
Schuldenstand der Länder	-	12,9	(**)
Investitionsquote	+	10,9	(**)
Investitionsquote der Industrie	+	8,8	(*)
Selbständigenquote	+	6,8	(*)
Höhe der Sozialhilfe	-	6,2	(***)
Leistungen an die Länder vertikal	-	6,1	(***)
Frauen-Beschäftigungsquote	+	2,0	(*)
Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich	+	1,9	(*)
Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife	+	1,3	
Intensität des Parteienwettbewerbs	+	1,2	(***)
Ausgaben für Hochschulen	+	1,1	
Luftverkehr, beförderte Personen	+	1,1	(***)

* + steht jeweils für eine günstige, - für eine ungünstige Wirkungsrichtung
(***) 99 % Signifikanzniveau
(**) 95 % Signifikanzniveau
(*) 90 % Signifikanzniveau
** Der Erklärungsgehalt ist das bereinigte R²

4.2.2 Bereich Beschäftigung

Im Zielgrößenbereich „Beschäftigung“ führen ungünstige exogene Rahmenbedingungen dazu, dass kein Land der Arbeitsmarktp Probleme vollständig Herr werden kann. Innerhalb des vorgegebenen Rahmens bestehen für die Bundesländer aber Gestaltungsspielräume, die zum unterschiedlichen beschäftigungspolitischen Erfolg der einzelnen Länder beitragen. Wie erfolgreich Arbeitskräfte sich in den Arbeitsmarkt integrieren können, hängt von Verschiedenem ab. Qualität und Preis der von ihnen erbrachten Leistung spielen eine entscheidende Rolle. Produktivität und Entlohnung sind somit wesentliche Determinanten der Beschäftigungssituation. Ordnungspolitik und allgemeine Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik sowie Haushaltspolitik sind geeignet, diese positiv zu beeinflussen.

Der Lohn als Preis für den Produktionsfaktor Arbeit hängt wesentlich von der Flexibilität des Arbeitsmarktes ab. Die Funktionsweise des Arbeitsmarktes wie die der übrigen Märkte beruht auf dem ordnungspolitischen Rahmen. Bundesländer können diesen im System des kooperativen Föderalismus zum größten Teil lediglich indirekt dadurch beeinflussen, dass sie an Bundesgesetzen im Bundesrat mitwirken. Begrenzter Spielraum ergibt sich hier außerdem durch Verwaltungshandeln. Das Gerichtswesen ist teilweise durch die Bundesländer zu organisieren. Die Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit hängt neben weiteren Faktoren davon ab, wie effizient Bundesländer das Gerichtswesen gestalten. Hierdurch wird die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes beeinflusst. Lange Verfahrensdauern erhöhen implizit den Kündigungsschutz und hindern Unternehmen somit daran, flexibel auf konjunkturelle Schwankun-

gen zu reagieren. Entsprechend verschlechtert sich mit der Verfahrensdauer die Beschäftigungssituation signifikant.

Die Tarifautonomie entzieht den Tariflohn als Preis des Faktors Arbeit und zentralen beschäftigungspolitischen Parameter, der als Ausgleichsmechanismus zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wirkt, dem unmittelbaren Zugriff der Politik, mithin auch der Landespolitik. Auf die Sozialhilfe als absolute Lohnuntergrenze können Länder und Kommunen hingegen Einfluss nehmen. Sozialhilfe bzw. seit Beginn dieses Jahres das Arbeitslosengeld II bilden die absolute Lohnuntergrenze, denn würden von Unternehmenseite Löhne unterhalb der Sozialhilfe geboten, so werden nur wenige bereit sein, hierfür eine Beschäftigung aufzunehmen und dadurch Sozialhilfeansprüche aufzugeben. Mit zunehmender Lohnuntergrenze werden Lohn und Arbeitsmarkt inflexibler; der Lohn als Preis des Faktors ist weniger gut in der Lage, einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Die Beschäftigungssituation verschlechtert sich, wie die Empirie bestätigt. Länder und Kommunen verfügen über Spielräume, wenn es darum geht, im Rahmen der Ausübung von Vorschriften die Bedürftigkeit zu prüfen, Mehrbedarfszuschläge zu erteilen und Sanktionsmaßnahmen zu verhängen, etwa einen Teil der Sozialtransfers zu entziehen. Abzuwarten bleibt, welche Praxis sich für das Arbeitslosengeld II einspielt. 69 Kommunen haben darauf optiert, die gesamte Grundsicherung für Arbeitsuchende zu übernehmen. Ansonsten sind Arbeitsgemeinschaften vor Ort damit betraut, Arbeitslosengeld auszus zahlen. Kommunale Vertreter als Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaften beeinflussen, wie Handlungsspielräume wahrgenommen werden.

Die Flexibilität des Arbeitsmarktes, Teilzeitbeschäftigte, Frauen und Jugendliche aufzunehmen, erweist sich in der ökonometrischen Analyse als entscheidend für die Beschäftigungssituation. Diese Aufnahmefähigkeit hängt neben dem Arbeitsmarktrahmen auch von der Flexibilität und Dynamik des Unternehmenssektors ab, welche durch Wirtschaftspolitik und landespolitische Rahmenbedingungen mit beeinflusst werden. Zu nennen sind hier beispielsweise geringe bürokratische Hürden. Außerdem zeigt die öffentlich bereitgestellte Infrastruktur eine signifikante Wirkung. Eine unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik wirkt sich positiv auf die Wirtschaftsstruktur aus, stärkt die Marktposition der Betriebe und ermöglicht so eine höhere Wertschöpfung pro Arbeitskraft, so dass die Beschäftigung von Arbeitskräften attraktiver ist. Exportquote, Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor und Insolvenzrisiko als signifikante Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit sind demnach mittelbar durch die Landespolitik beeinflussbar. Außerdem werden Betriebe in einem wirtschaftsfreundlichen Umfeld eher bereit sein, Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Arbeitskräfte sind

produktiver, wenn sie über viel Sachkapital verfügen, um ihren Aufgaben nachzugehen, und werden eher beschäftigt. Die empirischen Ergebnisse stützen diesen Zusammenhang. Die Produktionstechnologie als weiterer Einflussfaktor der Arbeitsproduktivität und damit der Qualität der erbrachten Leistung entwickelt sich durch Forschungstätigkeit und technischen Fortschritt fort. Patentanmeldungen sind ein Indikator, der eine positive Wirkung zeigt. Auch hier können Bundesländer durch unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen die Grundlage legen.

Wenn sich die Löhne als Preis des Faktors Arbeit aufgrund bestehender Arbeitsmarktrigiditäten nur eingeschränkt der Produktivität von Arbeitskräften anpassen können, so ist die Arbeitsproduktivität für die Beschäftigungssituation von besonderer Bedeutung. Ist es Arbeitskräften nicht möglich, billiger zu sein, so müssen sie besser werden, um für potentielle Arbeitgeber an Attraktivität zu gewinnen. Neben der Gestalt des Unternehmenssektors tragen Eigenschaften des Produktionsfaktors Arbeit maßgeblich zur Produktivität der Arbeitskräfte bei. Bildungspolitik spielt eine große Rolle dabei, Humankapital aufzubauen und so die Produktivität des Erwerbspersonenpotenzials zu steigern. Dieser Politikbereich ist ein elementares landespolitisches Betätigungsfeld und direkt durch die Landesregierungen steuerbar. Den Bundesländern obliegt es, die Bildungsqualität in Schulen und Hochschulen zu stärken. Ebenso können Bundesländer durch geeignete eigene Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik dazu beitragen, Humankapital zu bilden. Offensichtlich gelingt es Bundesländern eher als bundesstaatlichen Institutionen, sich beim Einsatz des Instrumentariums aktiver Arbeitsmarktpolitik an den Bedürfnissen des Marktes zu orientieren. Die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik der Länder reduzieren die Arbeitslosigkeit und steigern die Erwerbstätigkeit signifikant. Die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft trägt ebenfalls zur Humankapitalbildung bei. Die Berechnungen zeigen einen starken positiven Einfluss auf die Beschäftigungssituation. Die Bereitschaft der Unternehmen, sich in der Ausbildung zu engagieren, hängt unter anderem von unternehmensfreundlichen Rahmenbedingungen sowie positiven Zukunftserwartungen ab. Die Landesregierungen können hier indirekt Einfluss nehmen.

Haushaltspolitik und die Bereitschaft, mit öffentlichen finanziellen Mitteln unmittelbar Beschäftigung zu finanzieren, wirken sich ebenfalls auf die Arbeitsmarktlage aus. Öffentliche Beschäftigung und Personalausgabenquote werden unmittelbar von den Landesregierungen festgelegt. Die Berechnungen ergeben zwar eine positive Wirkung dieser beiden Faktoren auf die Beschäftigungssituation, dennoch ist öffentliche Beschäftigung als zweischneidiges Schwert zu sehen: Die Ausgaben hierfür verschlechtern die Finanzlage der Landeshaushalte. Langfristig machen sich steigende Versorgungslasten bemerkbar. Der Spielraum eines Lan-

des, eine beschäftigungsfördernde Politik zu betreiben, verringert sich. Tatsächlich zeigen die Berechnungen einen starken negativen Einfluss der Zinsbelastung der Landeshaushalte auf die Beschäftigungssituation. Bundesländer können über verschiedene Ausgabenposten ohne bundespolitische Vorgaben entscheiden, auf eine effiziente Mittelverwendung achten und damit direkt beeinflussen, welcher finanzielle Handlungsspielraum ihnen verbleibt. Eine umfassende Reform der föderalen Beziehungen könnte den Einflussspielraum der Länder auf ihre Haushaltsführung und -situation nachhaltig erweitern. Die Kompetenz, Steuern zu erheben und Steuerquellen auszuschöpfen, und mehr Spielraum bei der Gestaltung ausgaben-trächtiger Aufgaben sind hier zu nennen.

Zielgröße Arbeitslosigkeit			Erklärungsgehalt**: 75,9%
Wirkungsfaktor	Wirkungsrichtung*	Gewicht in Prozent	Signifikanzniveau
Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor	+	26,5	(***)
Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit	-	18,6	(***)
Ausbildungsstellenrelation	+	17,6	(***)
Insolvenzhäufigkeit	-	12,0	(***)
Zinssteuerquote	-	7,6	(***)
Ausgaben für Hochschulen	+	4,8	(***)
Ausgaben für Sozialhilfe	-	4,7	(**)
Patentanmeldungen	+	2,8	(**)
Öffentliche Beschäftigung	+	2,6	(***)
Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik	+	1,5	(***)
Exportquote des verarbeitenden Gewerbes	+	0,7	(***)
Verkehrsinfrastruktur	+	0,6	(**)

* + steht jeweils für eine günstige, - für eine ungünstige Wirkungsrichtung
 ** Der Erklärungsgehalt ist das bereinigte R²

(***) 99 % Signifikanzniveau
 (**) 95 % Signifikanzniveau
 (*) 90 % Signifikanzniveau

Zielgröße Erwerbstätigkeit			Erklärungsgehalt**: 78,9%
Wirkungsfaktor	Wirkungsrichtung*	Gewicht in Prozent	Signifikanzniveau
Anteil der Teilzeitbeschäftigung	+	30,9	(***)
Zinslastquote	-	26,5	(***)
Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit	-	14,8	(***)
Patentanmeldungen	+	8,9	(***)
Investitionsquote der Industrie	+	5,8	(***)
Frauen-Beschäftigungsquote	+	4,5	(***)
Leistungen an die Länder vertikal	+	2,1	
Jugend-Beschäftigungsquote	+	1,7	(*)
Ausbildungsstellenrelation	+	1,4	(***)
Personalausgabenquote	+	1,4	(***)
Direktinvestitionen	+	0,8	(**)
Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik	+	0,7	(***)
Öffentliche Beschäftigung	+	0,5	(**)

* + steht jeweils für eine günstige, - für eine ungünstige Wirkungsrichtung
 ** Der Erklärungsgehalt ist das bereinigte R²

(***) 99 % Signifikanzniveau
 (**) 95 % Signifikanzniveau
 (*) 90 % Signifikanzniveau

4.2.3 Bereich Sicherheit

Wie gut es den Bürgern in einem Bundesland geht, hängt auch davon ab, wie es um die soziale und innere Sicherheit bestellt ist. Soziale Strukturen und die Möglichkeiten sozialer Mobilität beeinflussen beide Komponenten der Sicherheit, wie die Berechnungen belegen. Personen werden hierdurch geprägt und Lebensperspektiven drücken sich hierin aus. Familienpolitik, Regionalpolitik, Bildungspolitik, allgemeine Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik stellen wichtige Ansatzpunkte dar, auf soziale Strukturen sowie soziale Mobilität und damit auf die Sicherheitslage einzuwirken.

Soziale Strukturen und dabei vor allem familiäre Verhältnisse sind entscheidend für die Sicherheitslage. Dies zeigt der negative Einfluss hoher Scheidungsraten, vieler Alleinerziehender und eines hohen Geburtendefizits. Familienstrukturen reagieren nur sehr mittelbar auf eine familienfreundliche Politik. Allerdings können Landesregierungen Betreuungsangebote schaffen, um mangelhafte familiäre Strukturen zumindest teilweise aufzufangen. Durch solche Angebote könnten sie es auch erleichtern, Kinderbetreuung und Beruf miteinander zu vereinbaren. Der ökonometrisch bestätigten Tendenz von Sozialhilfemilieus, sich zu verfestigen, können Länder entgegenwirken. Konkrete Maßnahmen einer aktivierenden Sozialpolitik sollten dementsprechend gerade in Milieus stattfinden, in denen Personen besonders häufig in das Netz der Sozialhilfe fallen. In sicherheitspolitisch erfolgreichen Ländern spielt landespolitisches Engagement in der aktiven Arbeitsmarktpolitik als Form aktivierender Sozialpolitik eine größere Rolle.

Durch Regional- und Siedlungspolitik beeinflussen Länder und Kommunen direkt, wie stark sich Bevölkerungsschwerpunkte herausbilden und wie intensiv ländliche Räume gefördert werden. Vorteilhaft für soziale Strukturen und Sicherheitslage ist eine Regionalpolitik, die ländliche Räume nicht benachteiligt. Die Berechnungen bestätigen, dass in ländlichen Siedlungsstrukturen die Sicherheitslage stabiler, in Großstädten angespannter ist.

Auf die soziale Mobilität als zweite wichtige Determinante im Bereich „Sicherheit“ können Bundesländer sowohl direkt als auch indirekt einwirken. Bundesländer, die im Bereich „Einkommen“ erfolgreich sind, können ihren Bürgern auch ein höheres Maß an Sicherheit bieten. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bildet die legalen Einkommensmöglichkeiten ab. Mit dem Einkommensniveau verbessert sich die Sicherheitslage signifikant. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner lässt sich über diejenigen Faktoren beeinflussen, die sich im Bereich „Einkommen“ als wirksam erwiesen.

Ein hoher Humankapitalbestand steigert die soziale Mobilität. Die ökonometrische Analyse belegt einen positiven Einfluss. Bundesländer können in ihrem angestammten Politikfeld der Bildungspolitik das Qualifikationsniveau direkt fördern, etwa über die signifikanten Wirkungsfaktoren Schüler-je-Lehrer-Relation, Anteil der Absolventen mit Hochschulreife, Ausgaben für Hochschulen sowie etwas weniger direkt über die Studienanfängerquote.

Auch die allgemeine Wirtschaftspolitik wirkt sich auf die soziale Mobilität aus. Bauen Unternehmen Sachkapital auf, so fördert dies ebenfalls Arbeitsproduktivität und berufliche Chancen. Verschiedene Wirkungsfaktoren, die sich im Bereich „Sicherheit“ als signifikant herausstellen, weisen in diese Richtung. Durch die Höhe der Gewerbesteuer können Länder bzw. ihre Kommunen direkt wirksame Anreize setzen, Kapital zu akkumulieren. Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen machen sich indirekt bemerkbar und ermuntern Unternehmen, zu investieren sowie zu forschen und Patente anzumelden. Durch Finanzierung und unkomplizierte Genehmigungsverfahren können Bundesländer direkt zu einer bedarfsgerechten Verkehrsinfrastruktur beitragen, der Sachkapitalstock steigt an, außerdem wird hierdurch wirtschaftliche Aktivität gefördert, mehr Arbeitsplätze stehen zur Verfügung und die Sicherheitslage verbessert sich.

Die beruflichen Chancen hängen auch von der Arbeitsmarktpolitik ab. Wie bereits ausgeführt beeinflussen die Höhe der Sozialhilfe und die Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit, wie flexibel der Arbeitsmarkt ist, und wirken sich damit auf die soziale Mobilität aus. Bundesländer verfügen jeweils über einen gewissen Einfluss auf diese signifikanten Wirkungsfaktoren. Eine aktivierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wirkt sich ebenfalls positiv aus. Ein flexibler Arbeitsmarkt äußert sich unter anderem in einer hohen Teilzeitquote, die sich als signifikant erweist. Die entscheidenderen Weichenstellungen in der Arbeitsmarktpolitik werden jedoch durch Bundespolitik und Tarifvertragsparteien vorgenommen. Neben den Unternehmen kann auch die öffentliche Hand Arbeit nachfragen und direkt dazu beitragen, Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen.

Abhängig davon, wie die Länder ihre Gerichte mit Ressourcen ausstatten, fällt die Verfahrensdauer der Strafgerichtsbarkeit aus. Kriminalität erscheint mehr oder weniger vermeidenswert; es zeigt sich ein signifikanter Einfluss dieses Wirkungsfaktors auf die Sicherheitslage.

Zielgröße Sozialhilfeempfängeranteil			Erklärungsgehalt**: 77,7%
Wirkungsfaktor	Wirkungsrichtung*	Gewicht in Prozent	Signifikanzniveau
Anzahl der Sozialhilfeempfänger, Vorperiode	-	15,5	(***)
Ehescheidungen pro Ehen	-	15,4	(***)
Gewerbesteuer	-	12,3	(***)
Ausländeranteil	-	11,3	(***)
Öffentliche Beschäftigung	+	8,6	(**)
Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik	+	7,4	(***)
Schüler-je-Lehrer-Relation	-	6,5	(***)
Anteil der Teilzeitbeschäftigung	+	6,1	(**)
Alleinerziehende	-	5,7	(***)
Welthandelsanteil	+	4,8	(**)
Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife	+	2,7	(**)
Anteil der Bevölkerung in Großstädten	-	2,3	(**)
Patentanmeldungen	+	0,7	(*)
Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit	-	0,7	(***)

* + steht jeweils für eine günstige, - für eine ungünstige

(***) 99 % Signifikanzniveau

Wirkungsrichtung

(**) 95 % Signifikanzniveau

** Der Erklärungsgehalt ist das bereinigte R²

(*) 90 % Signifikanzniveau

Zielgröße Innere Sicherheit			Erklärungsgehalt**: 80,4%
Wirkungsfaktor	Wirkungsrichtung*	Gewicht in Prozent	Signifikanzniveau
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	+	34,7	(***)
Anteil der Bevölkerung in Großstädten	-	22,0	(***)
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	+	19,8	(***)
Höhe der Sozialhilfe	-	9,6	(***)
Verkehrsinfrastruktur	+	4,8	(***)
Verfahrensdauer der Strafgerichtsbarkeit	-	4,8	(**)
Studienanfängerquote	+	4,0	(*)
Anteil der Beschäftigten im Agrarsektor	+	0,3	(**)

* + steht jeweils für eine günstige, - für eine ungünstige

(***) 99 % Signifikanzniveau

Wirkungsrichtung

(**) 95 % Signifikanzniveau

** Der Erklärungsgehalt ist das bereinigte R²

(*) 90 % Signifikanzniveau

5. Reform der föderalen Ordnung: mehr Effizienz und mehr Gerechtigkeit

Um von der effizienzsteigernden Wirkung des institutionellen Wettbewerbs nachhaltig profitieren zu können, müssen Bundesländer diejenigen Politikparameter einsetzen können, die im Standortwettbewerb um Mobiles entscheidend sind. Eine Föderalismusreform hat an den Kompetenzdefiziten anzusetzen, die Bundesländer bisher daran hindern, die in ihrem Land erzielbare Netto-Kapitalrendite positiv zu beeinflussen. Die Länder müssen wesentliche Kompetenzen in den Bereichen der Regulierung der Güter- und Faktormärkte, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Agrar-, Regional- und Strukturpolitik sowie in der Steuerpolitik erhalten. Gerade die ostdeutschen Bundesländer würden hiervon profitieren. Sie könnten Nachteile bei der Kapitalproduktivität durch einen flexibleren Arbeitsmarkt mit niedrigeren Lohnsätze und eine geringere Steuerlast kompensieren, um so mit einer wettbewerbsfähigen erzielbaren Netto-Kapitalrendite den Standortwettbewerb aufzunehmen. So wäre es den ost-

deutschen Bundesländern möglich, Kapital zu attrahieren, ihre Wertschöpfung zu steigern und aufzuholen. Eine solche Reform brächte Chancengerechtigkeit. Sie ermöglichte es wirtschaftlich rückständigen Bundesländern, sich selbst zu helfen.

Der Wettbewerb könnte als Entdeckungsverfahren wirken und die besten Lösungen zutage fördern; außerdem könnten die Länder je nach ihren wirtschaftlichen Gegebenheiten unterschiedliche Wege beschreiten. Beispielsweise könnte eines der neuen Bundesländer betrieblichen Bündnissen für Arbeit mehr Raum gewähren und seine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik so gestalten, dass sie den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt erleichtert. Ein anderes Land könnte Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsregeln an die Bedürfnisse ausländischer Investoren anpassen, ein weiteres Unternehmenssteuern reduzieren, ein viertes Land das Bau- und Planungsrecht ausdünnen und zu mittelstandsfreundlichen Genehmigungsverfahren gelangen. Andere Länder könnten aus den Erfahrungen lernen und erfolgreiche Reformschritte übernehmen.

Um zu einer effizienten föderalen Ordnung zu gelangen, wäre es wünschenswert, auf konkurrierende Gesetzgebung (Art. 74 und 74a Grundgesetz (GG)), Rahmengesetzgebung (Art. 75 GG), und Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91a, 91b GG) zu verzichten und die entsprechenden Kompetenzen und finanziellen Mittel auf die Länder zu übertragen. Für alle Bereiche, für welche die Zuständigkeit des Bundes nicht explizit festgeschrieben wäre, sollten die Bundesländer beziehungsweise deren Kommunen allein zuständig sein.

Eine derart konsequente Reform droht an Widerständen und den erforderlichen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat zu scheitern. Für diesen Fall wären alternative Regelungen anzustreben. So sollten umfassende Gesetzgebungskompetenzen aus dem Katalog der konkurrierenden Gesetzgebung gestrichen werden, insbesondere das „Recht der Wirtschaft“ (Art. 74, Ziff. 11 GG), das Arbeitsrecht einschließlich der Betriebsverfassung, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsvermittlung (Art. 74, Ziff. 12 GG) sowie die Regelung der Ausbildungshilfen und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Art. 74, Ziff. 13 GG).

Weiter könnte Bundesländern etwa im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung das Recht zugestanden werden, von Bundesgesetzen abzuweichen, wenn der Bundestag nicht binnen einer bestimmten Frist Einspruch gegen diese abweichenden Landesgesetze einlegt.²⁵ Als Minimallösung könnten Bundesgesetze um Experimentierklauseln ergänzt werden, die den Ländern konkret für das jeweilige Gesetz eine abweichende Regelung ermöglichen. An den

²⁵ Vgl. Enquete-Kommission (1977) als ein frühes Beispiel für einen solchen Vorschlag.

Bundesländern läge es, den Weg der Dezentralisierung von Kompetenzen konsequent weiterzubeschreiten und ihren Kommunen mehr Spielraum einzuräumen.

Effizientere Lösungen erfordern mehr institutionelle Kongruenz. Das macht nicht nur eine Entflechtung der Kompetenzen notwendig, es braucht auch eine adäquate Finanzordnung. Um finanzielles Trittbrettfahren zu verringern, müssen die Länder und Kommunen mehr finanzielle Autonomie erhalten. Ein Trennsystem ist zwar eine saubere aber keine realistische Möglichkeit, eine Zuschlagslösung hat mehr Chancen auf Erfolg. Mit den Gemeinschaftsaufgaben müssen auch die Mischfinanzierungen verschwinden, Subventionsgesetze müssen beseitigt werden. Die Haftungsgemeinschaft der Bundesländer und des Bundes ist aufzubrechen, eine glaubwürdige, sanktionsbewehrte „no-bail-out-Klausel“ ist allerdings ein nicht realisierbares Ideal. Viel wäre schon gewonnen, wenn die inter-regionale Umverteilung grundlegend reformiert würde. Die sollte sich an drei Kriterien orientieren: weniger, anreizverträglicher und transparenter.

Viele meinen, das alles wäre nur ein Kurieren an Symptomen. Notwendig sei letztlich ein völlig neuer Weg. Der wird mit der Idee der FOCJ (functional, overlapping, competing jurisdictions) beschritten.²⁶ Dieses Konzept bricht mit der Vorstellung eines im Vorfeld bestimm- baren und über die Dauer konstanten optimalen Zentralisierungsgrades für staatliche Aufga- ben. Alle Kompetenzen werden zunächst auf der untersten Ebene angesiedelt. Ausgehend von dieser Zuordnung bildet sich im Wettbewerb die optimale Größe (räumlich, Zahl der Einwoh- ner etc.) für eine öffentlich bereitgestellte Leistung. Im Gegensatz zu dem altbekannten Tibout-Modell geht es dabei nicht von der Annahme der vollständigen Konkurrenz aus, son- dern sieht den Wettbewerb als dynamischen Prozess, in dem die effiziente Bereitstellung einer Leistung erst herausgefunden werden muss. Frey und Eichenberger sprechen von der fünften Freiheit.

Das Konzept, welches diese Freiheit garantieren soll, unterscheidet sich stark von bestehen- den föderalen Systemen. Die Idee der FOCJ ist es, analog zum wirtschaftlichen Wettbewerb ein System zu schaffen, welches Wettbewerb auf politische Ebene ermöglicht und so zu einer effizienten Bereitstellung staatlicher Leistungen führt. Dies wird ermöglicht, indem für die Erfüllung einzelner staatlicher Funktionen (beispielsweise Unterhalt von Schulen und Parks, Abfallbeseitigung oder Gewährleistung öffentlicher Sicherheit) Gebietskörperschaften gebil- det werden können. Die Größe einer Gebietskörperschaft kann dabei von Aufgabe zu Aufgabe variieren, da sie sich nicht wie gegenwärtig an den administrativen Grenzen orientiert, son-

²⁶ Vgl. Eichenberger (1996); Frey (1997).

dem an der Erfüllung der entsprechenden Aufgabe. Frey und Eichenberger bezeichnen eine solche Körperschaft als FOCUS.²⁷

Die Funktionsgebundenheit eines FOCUS hat den Vorteil, dass für jede Aufgabe Skalenerträge effizient genutzt werden und gleichzeitig den Präferenzen der Mitglieder eines FOCUS entsprochen wird. Neben der *Funktionalität* ist eine weitere Eigenschaft der FOCJ die *Überlappung*. Diese bezieht sich zum einen auf unterschiedliche Aufgaben, da jede Aufgabe einen unterschiedlich großen FOCUS erfordert. Entsprechend sind Bürger oder Gemeinden Mitglied in verschiedenen FOCJ. Eine Überlappung ist jedoch zum anderen auch dann möglich, wenn verschiedene FOCJ die gleiche Aufgabe erfüllen. Eine weitere Eigenschaft ist der *Wettbewerb* zwischen den FOCJ. Diese konkurrieren um Gemeinden und Bürger. Da ein Austritt auch ohne geographische Wanderung möglich ist, sind Ineffizienz oder monopolähnliche Preise nicht möglich. Darüber hinaus wird der politische Wettbewerb durch demokratische Strukturen garantiert. Die Mitglieder können die Exekutive und Legislative eines FOCUS wählen. Gleichzeitig besteht durch das Recht auf Initiativen die Möglichkeit, konkrete Vorschläge in den politischen Prozess einzubringen.²⁸ Die letzte Eigenschaft ist die Steuerhoheit eines FOCUS. Diese garantiert das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz. Ein FOCUS muss seine Leistungen durch eigene Steuern finanzieren. Nur, wenn alle diese vier Prinzipien erfüllt sind, kann sich der politische Wettbewerb frei entfalten.²⁹

Um die vier Kriterien zu erfüllen und damit verbunden den politischen Wettbewerb zu ermöglichen, ist den Gemeinden oder wenn möglich jedem einzelnen Bürger die Freiheit zu übertragen, sich an FOCJ zu beteiligen. Gleichzeitig muss die Möglichkeit geschaffen werden, aus bisher bestehenden Gebietskörperschaften auszutreten und von der Steuerlast befreit zu werden, die mit der Zugehörigkeit zu der entsprechenden Gebietskörperschaft verbunden ist. Falls aus sozialen Gründen eine Umverteilung zwischen den Personengruppen erwünscht ist, kann die Mitgliedschaft in einem FOCJ verpflichtend sein. Ein Beispiel hierfür ist die Mitgliedschaft in einem Schul-FOCUS für Personen ohne Kinder im schulfähigen Alter. Um die Entstehung von Schul-FOCJ zu verhindern, die sich auf die Gruppe Kinderloser spezialisieren und im Extremfall gar keine Schulbildung anbieten, ist es notwendig Mindeststandards zu definieren.³⁰

Werden bestimmte Rahmenbedingungen beachtet, stellen die FOCJ ein interessantes Konzept dar, politisch bedingte Ineffizienzen zu überwinden, dem institutionellen Wettbewerb zum

²⁷ Vgl. Frey (1997), S. 12-20 sowie Eichenberger (1996).

²⁸ Vgl. Eichenberger (2002), S. 12f.

²⁹ Vgl. Frey und Eichenberger (1996), S. 316.

³⁰ Vgl. Frey (1997), S. 16f.

Durchbruch zu verhelfen und im Standortwettbewerb eine stärkere Position einzunehmen. Es gilt, den gordischen Knoten der institutionellen Verflechtungsfälle zu zerschlagen, mehr Wettbewerb überall zuzulassen und so einen Weg aus der wirtschaftlichen Misere in Deutschland zu finden.

Literatur

APOLTE, T. (1999): Chancen und Risiken nationaler Wirtschaftspolitik bei hoher Kapitalmobilität, in: Apolte, T. / Caspers, R. / Welfens, P. (Hrsg.): Standortwettbewerb, wirtschaftspolitische Rationalität und internationale Ordnungspolitik, Baden-Baden, S. 21-44.

BAYOUMI, T. / ROSE, A. (1993): Domestic Savings and Intra-National Capital Flows, in: European Economic Review, Vol. 37, S. 1197-1202.

BERTHOLD, N. (1997): Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung, Tübingen.

BERTHOLD, N. / DREWS, S. / THODE, E. (2001): Die föderale Ordnung in Deutschland – Motor oder Bremse des wirtschaftlichen Wachstums?, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Vol. 50, S. 113-140.

BERTHOLD, N. / FRICKE, H. (2004): Deutschland im Frühjahr 2004 – Blockierter Standortwettbewerb der Bundesländern?, in: List-Forum, Bd. 30, S. 81 - 111

BERTHOLD, N. / FRICKE, H. / DREWS, S. / VEHRKAMP, R. (2003): Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2003, Gütersloh.

BERTHOLD, N. / FRICKE, H. / KULLAS, M. (2005): Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005, Gütersloh.

BRUECKNER, J. (2000): Welfare Reform and the Race to the Bottom: Theory and Evidence, in: Southern Economic Journal, Vol. 66, S. 505-525.

EICHENBERGER, R. (1996): Eine „fünfte Freiheit“ für Europa: Stärkung des politischen Wettbewerbs durch „FOCJ“, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Vol. 45, S.110-130.

EICHENBERGER, R. (2002): Starker Föderalismus: Drei Reformvorschläge für fruchtbaren politischen Wettbewerb,

http://www.unifr.ch/finwiss/publications/FoederalismusReform_02.pdf, Zugriff: 10.06.2005.

- ENQUETE-KOMMISSION (1977): Beratungen und Empfehlungen zur Verfassungsreform. Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages. Teil II: Bund und Länder, Bonn.
- FELD, L. / KIRCHGÄSSNER, G. (1995): Fiskalischer Wettbewerb in der EU: Wird der Wohlfahrtsstaat zusammenbrechen?, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 75, S. 562-568.
- FELDSTEIN, M. / HORIOKA, C. (1980): Domestic Saving and International Capital Flows, in: The Economic Journal, Vol. 90, S. 314-329.
- FREY, B. (1997): Ein neuer Föderalismus für Europa: Die Idee der FOCJ, Tübingen.
- FREY, B. / EICHENBERGER, R. (1996): FOCJ. Competitive Governments for Europe, in: International Review of Law and Economics, Vol. 16, S. 315-317.
- GIERSCH, H. (1989): Anmerkungen zum weltwirtschaftlichen Denkansatz, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 125, S. 1-16.
- GRAMLICH, E. / LAREN, D. (1984): Migration and Income Redistribution Responsibilities, in: The Journal of Human Resources, Vol. 19, S. 489-511.
- HAYEK, F. V. (1969): Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze, Tübingen.
- HUBER, B. / LICHTBLAU, K. (1998): Konfiskatorischer Finanzausgleich verlangt eine Reform, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 78, S. 142-147.
- KAESTNER, R. / KAUSHAL, N. / VAN RYZIN, G. (2003): Migration Consequences of Welfare Reform, in: Journal of Urban Economics, Vol. 53, S. 357-376.
- KLEINWEFERS LEHNER, A. (1998): Kapitalmobilität in der Europäischen Union, in: Quartalshefte der Schweizerischen Nationalbank, 1/1998, S. 49-54.
- LAUFER, H. / MÜNCH, U. (1998): Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- MÜNCH, U. (2000): Die Entwicklung der Bundesstaatlichkeit, in: Bayerische Zentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Normen, Stile, Institutionen, München, S. 75-86.
- OATES, W. (1972): Fiscal Federalism, New York.
- OECD (1998): OECD-Wirtschaftsberichte 1997-1998, Deutschland, Paris.

OLSON, M. (1969): The Principle of „Fiscal Equivalence“. The Division of Responsibilities Among Different Levels of Government, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 59, S. 479-487.

PAULY, M. (1973): Income Redistribution as a Local Good, in: Journal of Public Economics, Vol. 2, S. 35-58.

PETERSON, P. / ROM, M. (1989): American Federalism, Welfare Policy and Residential Choices, in: American Political Science Review, Vol. 83, S. 711-728.

PETERSON, P. / ROM, M. / SCHEVE JR., K: (1999): Interstate Competition and Welfare Policy, in: Schram, S. / Beer, S. (Hrsg.): Welfare Reform – A Race to the Bottom?, Washington, S. 41-42.

RENZSCH, W. (1991): Finanzverfassung und Finanzausgleich. Die Auseinandersetzungen um ihre politische Gestaltung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Währungsreform und deutscher Vereinigung (1948-1990), Bonn.

SCHUSTER, T. / VAUBEL, R. (1996): Europäische Sozialpolitik, in: Ohr, R. (Hrsg): Europäische Integration, Stuttgart, S. 173-199.

SIEBERT, H. (1996): On the Concept of Locational Competition, Kiel Working Paper No. 731, Kiel.

SIEBERT, H. (2000): The paradigm of locational competition, Kiel.

SIEBERT, H. / Koop, M.J. (1993): Institutional Competition versus Centralization: Quo Vadis Europe?, in: Oxford Review of Economic Policy, Vol. 9, S. 15-30.

SINN, S. (1992): Saving-Investment Correlations and Capital Mobility: On the Evidence From Annual Data, in: The Economic Journal, Vol. 102, S. 1162-1170.

STURM, R. (2001), Föderalismus in Deutschland, Opladen.

Seit 2001 erschienen:

Nr. 41 Sozialsysteme im Wettbewerb – das Ende der Umverteilung?

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2001

erschieden in: Müller, W., Fromm, O. und Hansjürgens B. (Hrsg.): *Regeln für den europäischen Systemwettbewerb – Steuern und soziale Sicherungssysteme*, Marburg 2001, S. 253-286.

Nr. 42 Die föderale Ordnung in Deutschland –

Motor oder Bremse des wirtschaftlichen Wachstums?

von Norbert Berthold, Stefan Drews und Eric Thode, 2001

erschieden in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Bd. 50, Stuttgart 2001, 2, S. 113-140.

Nr. 43 Ist die Globalisierung der Totengräber nationaler Sozialpolitik?

von Rainer Fehn, 2001

erschieden in: Theurl, E. (Hrsg.): *Globalisierung: globalisiertes Wirtschaften und nationale Wirtschaftspolitik*, Tübingen 2001, S. 115-144.

Nr. 44 Die Betriebliche Mitbestimmung und die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im Zeichen des strukturellen Wandels

von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2001

erschieden in: *Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 52, Stuttgart 2001, S. 15-36.

Nr. 45 Institutioneller Wettbewerb und Soziale Sicherungssysteme in Europa

von Rainer Fehn, 2001

erschieden in: Apolte, T.: *Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme unter Reformdruck: Fehlentwicklungen und Lösungsansätze aus institutionenökonomischer Sicht, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft*, Nr. 68, Stuttgart 2002, S. 351-375.

Nr. 46 Korporatismus auf dem Arbeitsmarkt und institutionelle Rahmenbedingungen auf dem Kapitalmarkt: Zwei Seiten ein- und derselben Medaille?

von Rainer Fehn, 2001

erschienen in: *List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd. 27, Baden-Baden 2001, 3, S. 250-271.

Nr. 47 Der Sozialstaat der Zukunft – mehr Markt, weniger Staat

von Norbert Berthold, 2001

erschienen in: *List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd. 27, Baden-Baden 2001, 1, S. 22-43.

Nr. 48 Labor Market Policy in the New Economy

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 2001

erschienen in: Siebert, H.: *Economic policy issues of the new economy*, Berlin u.a. 2002, S. 105-136.

Nr. 49 Die Gewinnbeteiligung – Wundermittel im organisatorischen und strukturellen Wandel?

von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2001

erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften: review of economics*, Bd. 52, Göttingen, S. 287-315.

**Nr. 50 Venture Capital Investment and Labor Market Performance:
A Panel Data Analysis**

von Ansgar Belke, Rainer Fehn und Neil Foster, 2001

erschienen in: *CESifo working paper series*, 652, München 2001.

Nr. 51 Familienpolitik: Ordnungspolitische Leitplanken im dichten Nebel des Verteilungskampfes

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 2002

erschienen in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 71, Berlin, S. 26-42.

Nr. 52 Die Zukunft der europäischen Sozialpolitik: Wettbewerb oder Koordination?

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2002

erschienen in: *List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd. 28, Baden-Baden, S. 36-58.

Nr. 53 Struktureller Wandel, „new economy“ und Beschäftigungsentwicklung: Welche Rolle spielen die institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Kapitalmarkt?

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 2002

erschienen in: Schäfer, W.: *Konjunktur, Wachstum und Wirtschaftspolitik im Zeichen der New Economy*, Berlin, S. 35-67.

Nr. 54 Arbeitsmarktflexibilisierung und Arbeitslosigkeit

von Rainer Fehn, 2002

erschienen in: Blien, U.: *Institutionelle Rahmenbedingungen für Beschäftigungspolitik in den Niederlanden und in Deutschland*, Nürnberg, S. 43-82.

Nr. 55 Unterentwickelter Risikokapitalmarkt und geringe Beschäftigungsdynamik:

Zwei Seiten derselben Medaille im strukturellen Wandel

von Ansgar Belke und Rainer Fehn, 2002

erschienen in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Bd. 51, Stuttgart 2002, 3, S. 344-375.

Nr. 56 Opting-Out Klauseln und der europäische Einigungsprozess: Eine sezeSSIONstheoretische Analyse

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2002

erschienen in: *List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd. 29, Baden-Baden 2003, S. 137-158.

Nr. 57 Sozial- und Arbeitslosenhilfe: aus der Armutsfalle zur Hilfe zur Selbsthilfe

von Norbert Berthold, 2002

erschienen in: Raddatz, G.: *Bürger nah fördern und fordern: Konzepte für eine effiziente Arbeitsvermittlung und Grundsicherung*; Beiträge zu einer gemeinsamen Tagung der Stiftung Marktwirtschaft und der Hessischen Landesregierung, Berlin 2003, S. 11-20.

Nr. 58 Sozialhilfe im wettbewerblichen Föderalismus: Erfahrungen der USA, Lehren für Deutschland

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2002

erschienen in: Raddatz, G.: *Bürgernah fördern und fordern: Konzepte für eine effiziente Arbeitsvermittlung und Grundsicherung*; Beiträge zu einer gemeinsamen Tagung der Stiftung Marktwirtschaft und der Hessischen Landesregierung, Berlin 2003, S. 91-114.

Nr. 59 Die betriebliche Weiterbildung im organisatorischen Wandel,

von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2002.

Nr. 60 Unemployment in Germany: Reasons and Remedies,

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 2002

erschienen in: *CESifo working paper series*, 871, München 2002.

Nr. 61 Wohlstand der Nationen oder wem nützt die Globalisierung?,

von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2003.

Nr. 62 Die Sozialhilfe zwischen Effizienz und Gerechtigkeit – wie kann der Spagat gelingen?,

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2003

erschienen in: Berthold, N.: *Theorie der sozialen Ordnungspolitik*, Stuttgart 2003, S. 137-157.

Nr. 63 Europas Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – was bewirken die Strukturfonds?,

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2003

Nr. 64 Betriebliche Bündnisse für Arbeit - Gratwanderung zwischen Tarifbruch und Tariftreue

von Norbert Berthold, Marita Brischke und Oliver Stettes, 2003

Nr. 65 Mehr Effizienz und Gerechtigkeit: Wege zur Entflechtung des Sozialstaates

von Norbert Berthold, 2003

Nr. 66 Job-AQTIV, Hartz, Agenda 2010 – Aufbruch zu neuen Ufern oder viel Lärm um Nichts?

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2003

Nr. 67 **Zehn Jahre Binnenmarkt: Wie frei ist der europäische Arbeitnehmer wirklich?**

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2003

Nr. 68 **Betriebliche Bündnisse für Arbeit - Eine empirische Untersuchung für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau**

von Norbert Berthold, Marita Brischke und Oliver Stettes, 2003

Nr. 69 **Deutschland im Herbst 2003 - Blockierter Standortwettbewerb der Bundesländer?**

von Norbert Berthold und Holger Fricke, 2003

Nr. 70 **Reform der Arbeitslosenversicherung – Markt, Staat oder beides?**

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2004

Nr. 71 **Ballungsprozesse im Standortwettbewerb: Was können die deutschen Bundesländer ausrichten?**

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2004

Nr. 72 **Rot-grüne Reformen am Arbeitsmarkt – ein Armutszeugnis,**

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2004

Nr. 73 **Mehr institutioneller Wettbewerb in Deutschland –**

Wirksame Hilfe für die neuen Bundesländer,

von Norbert Berthold, Holger Fricke und Matthias Kullas, 2004

Nr. 74 **Europäische Strukturpolitik – Gift für rückständige Regionen?,**

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2004

Nr. 75 **Der gemeinsame Europäische Fußballmarkt–**

benötigt Deutschland eine Ausländerklausel?,

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2005

Nr. 76 **Lokale Solidarität – die Zukunft der Sozialhilfe?**,
von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2005

Nr. 77 **Wege aus der institutionellen Verflechtungsfalle –
Wettbewerb oder Kooperation?**,
von Norbert Berthold, 2005

Nr. 78 **Zahlt Deutschland drauf? –
Was die Neue Ökonomische Geographie der deutschen Politik für die
Verhandlung um den europäischen Etat mit auf den Weg geben kann;**
von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2005

Nr. 79 **Hartz IV – eine vertane Chance nutzen,**
von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2005

unter folgender Adresse stehen die Beiträge im pdf-Format zum Download bereit:
<http://www.wifak.uni-wuerzburg.de/wilan/wifak/vwl/vwl4/publik/diskuwue.htm>